Dr. Christos Katzidis MdL Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW



Ohne einen klaren Kurs und ohne ein gemeinsames Wertefundament wird die EU nicht zukunftsfähig sein!

Nur die EU kann die innere und äußere Sicherheit in Europa gewährleisten!

Europa muss eine Wertegemeinschaft werden!

Die Europäische Union ist der Garant für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent. Eine Rückkehr zu den Nationalstaaten wäre ein schwerwiegender Fehler und würde die Bedrohungen wachsen lassen. Wir brauchen deshalb in der Zukunft mehr Europa! Allerdings ist die Europäische Union in der jetzigen Form den Herausforderungen der Gegenwart nicht gewachsen und erst recht nicht den Herausforderungen der Zukunft. Dies wurde durch die Flüchtlingskrise ganz besonders deutlich. Die Europäische Union in ihrer jetzigen Form stellt lediglich eine Wirtschafts- und keine Wertegemeinschaft dar. Das muss sich ändern!

Wenn einheitliche Bananen und einheitliche Glühbirnen wichtiger sind als gemeinsame Werte, dann stimmt das Fundament der EU nicht. Wir brauchen deshalb einen grundlegenden Kurswechsel. Dies gilt umso mehr mit Blick auf die besorgniserregende Bevölkerungsentwicklung und die Ausbeutung unseres Planeten. Wir haben eine Verantwortung vor Gott, unseren Kindern und Kindeskindern. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung muss Verpflichtung für jeden Einzelnen sein.

Wir brauchen einen europäischen Bundesstaat!

Nur so lässt sich der Frieden und die Weiterentwicklung Europas mit einer klaren Vision verbinden. Das bedeutet die Abschaffung der jetzigen Strukturen (Europäische Kommission, Europarat, Ministerrat, etc.) und eine nachhaltige Stärkung des europäischen Parlamentes. Wir brauchen eine europäische Regierung mit einem Ministerpräsidenten und entsprechenden Ministerien. Folgende Ressorts sollten obligatorisch sein:

Schule	Verteidigung	Innen	Justiz
Verkehr	Landwirtschaft	Städte	Entwicklung
Demokratie	Forschung	Arbeit und Wirtschaft	Soziales
Außen	Gesundheit	Digitalisierung und Vernetzung	Finanzen
Kultur	Sport	Hochschulen	Seefahrt und Inseln

Die Türkei gehört nicht zu Europa!

Die Türkei vollzieht gerade einen Wandel von einer Demokratie zu einer Diktatur. In der Türkei werden unsere verfassungstragenden Prinzipien (Demokratie, Meinungsfreiheit, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Grundrechte und die Beachtung von Gesetzen) mit Füßen getreten. Hinzu

Dr. Christos Katzidis MdL Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW



kommt noch, dass die Türkei sogar im Ausland unter missbräuchlicher Nutzung staatlicher Organe versucht, regierungskritische Menschen zu verfolgen und mundtot zu machen. Die Türkei gehört deshalb nicht zu Europa.

Das sollte unsere Kultur des Zusammenlebens sein!

Die Europäische Union ist weitgehend geprägt vom Christentum und insbesondere den christlichen Tugenden (Liebe, Glaube und Hoffnung), an denen wir uns orientieren, die Grundlage all unseres Handelns darstellen und denen wir uns verpflichtet fühlen. Deshalb ist es unsere Verpflichtung die Bewahrung christlicher Traditionen zu bewahren, insbesondere christliche Feiertage und Bräuche. Jeder Mensch kann selbstverständlich seinen Glauben frei ausüben, aber nur solange er dies im Rahmen unserer Verfassung und unserer Gesetze tut. Wer hier leben will, muss unser Demokratie-, unser Rechtsstaatsverständnis und unsere Grundrechte tolerieren, respektieren und vor allem auch anerkennen. Wer dies nicht will, ist hier nicht erwünscht!

Neben den christlichen Tugenden, den christlichen Traditionen und unseren staatstragenden verfassungsrechtlichen Grundlagen wird unsere Kultur des Zusammenlebens aber noch von weiteren Tugenden geprägt, deren Beachtung und Einhaltung wir ebenso erwarten, da sie die Grundlage für ein friedliches und harmonisches Zusammenleben darstellen sowie für ein erfolgreiches eigenverantwortliches Leben maßgeblich sind. Maßgeblich sind insbesondere die Tugenden des Umganges (Respekt, Toleranz, Höflichkeit und Ehrlichkeit), die Kardinaltugenden (Klug-/Weisheit, Gerechtigkeit, Mäßigung, Tapferkeit), die preußischen Tugenden (Ordnung, Pünktlichkeit, Sauberkeit und Disziplin) und nicht zuletzt die französischen Tugenden (Solidarität, Freiheit, Gleichheit). Auch daran sollten wir uns orientieren.

So gewährleisten wird die innere und äußere Sicherheit der EU!

Im Zeitalter der Globalisierung machen auch die Bedrohungen und die Kriminalität keinen Halt mehr vor Grenzen. Deshalb ist eine strikte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit nicht mehr ohne Weiteres möglich. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit muss primär auf europäische Ebene gewährleisten werden. Dazu ist es zwingend erforderlich, dass die Nationalstaaten Kompetenzen an die Europäische Union abgeben.

Als erstes brauchen wir eine gemeinsame europäische Grenzschutzpolizei. Wir brauchen darüber hinaus wirksame Einreisekontrollen, sichergestellt durch eine europäische Grenzschutzpolizei. Jeder Einreisende in die EU, egal welcher Herkunft, ist ausnahmslos erkennungsdienstlich (Fotos, Finger- und Handflächenabdrucke) zu behandeln.

Wir brauchen ferner eine gemeinsame Einreisedatei, in der alle Mitgliedstaaten Informationen speichern und Personen bei Beantragung von Leistungen überprüft werden können. EU-RODAC hat sich in den letzten 15 Jahren nicht bewährt und muss abgelöst werden.

Dr. Christos Katzidis MdL Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW



Wir brauchen auch eine europäische Polizei mit operativen Kräften, einheitlichen Befugnissen und einer gemeinsamen europäischen Kriminalpolizei, die ebenfalls operativ tätig ist. Nur so kann der globalisierten Kriminalität wirksam begegnet werden.

Europa braucht aber auch im Bereich der Justiz dringend Reformen. Insbesondere brauchen wir ein einheitliches europäisches Strafrecht und eine gemeinsame europäische Staatsanwaltschaft, nicht nur in einzelnen Bereichen der Wirtschaftskriminalität, sondern generell.

Die Zuwanderung in die EU muss klar geregelt werden!

Anspruch auf Leistungen darf nur der haben, bei dem die Identität, insbesondere die Herkunft (Nationalität), zweifelsfrei feststehen und der erkennungsdienstlich behandelt wurde! Jeder Zuwanderer, der in die EU einreist, sollte uneingeschränkt erkennungsdienstlich behandelt werden.

Finanzielle und sachliche Leistungen für Einreisende sollten gestaffelt werden! Im ersten Jahr eine Mindestleistung mit jährlichen Steigerungen, die jedoch an Bedingungen (Nachweis einer dauerhaften ehrenamtlichen Tätigkeit zum Wohle der Gemeinschaft, z.B. in einem Verein und entsprechende Sprachkenntnisse) geknüpft sein sollten. Das Niveau der sozialen Leistungen für Inländer sollte frühestens nach 5 Jahren erreicht werden.

Wer staatliche Leistungen beantragt, der sollte zwingend bei der Beantragung von dem sachbearbeiten Sozialamt überprüft werden, mittels Fingerabdrücken und Abgleich mit der Datenbank. Sofern die Identität und die Herkunft nicht zweifelsfrei von den Sozialämtern beurteilt werden kann, sollte keine Auszahlung von Leistungen erfolgen.

Darüber hinaus brauchen wir zwingend ein europäisches Einreisegesetz, in dem nach dem Status der Einreisenden klar unterschieden wird. Macrons Vorschlag für ein einheitliches europäisches Asylrecht und eine gemeinsame europäische Asylbehörde teile ich ausdrücklich! Die EU braucht zudem zwingend einen gerechten Verteilschlüssel für Asylsuchende, in Anlehnung an den Königssteiner Schlüssel. Wer Subventionen aus den EU-Geldern bekommt, muss sich auch den Verpflichtungen stellen! Wer sich den Verpflichtungen nicht stellt, hat in einer Wertegemeinschaft keinen Platz!

Die EU braucht Points of business (Pob) in anderen Ländern!

Die EU sollte Pob in anderen Ländern anstreben, insbesondere im nordafrikanischen Bereich und den problematischen asiatischen Bereichen. An diesen Pob sollten Arbeitsstellen angeboten und ausländische Arbeitskräfte rekrutiert werden. Gleichzeitig sollten die potenziellen Arbeitskräfte identifiziert und kontrolliert nach Europa gebracht werden. Die Pob sollten aber auch Anlaufstellen für sonstige Zuwanderer sein. Eine Einreise in die Europäische Union um Schutz zu begehren, sollte ausnahmslos über diese Pob möglich sein, um der Schleuserkriminalität den Boden zu entziehen.

Dr. Christos Katzidis MdL Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW



Dem Klimawandel muss stärker begegnet werden!

Die Nutzung fossiler Brennstoffe, das Abholzen von Regenwäldern und die Viehzucht beeinflussen zunehmend das Klima und die Temperatur auf der Erde. Dadurch erhöht sich die Menge der in der Atmosphäre natürlich vorkommenden Treibhausgase nachhaltig. Folge ist die Verstärkung des Treibhauseffektes und der Klimaerwärmung. Dadurch drohen bestimmte Gefahren, die verheerend sein können. So kann sich das Wasser ausdehnen, wenn es erwärmt wird. Meere werden dann mehr Hitze als das Festland absorbieren und der Meeresspiegel steigt. Ebenso steigt der Meeresspiegel durch die zunehmenden Schmelzungen von Gletscher und Meereis. Küstenstädte sind dadurch gefährdet. Regen- und schneereiche Orte könnten heißer und trockener werden. Seen und Flüsse können austrocknen und es wird mehr Dürren geben. Daraus folgen weniger Feldfrüchte und weniger Wasser zum Trinken & Duschen und für die Landwirtschaft, bei gleichzeitiger starker Zunahme der Bevölkerung, die das Problem potenziert. Extremwetterlagen, wie Hurrikane und Tornados werden noch häufiger auftreten. Wir erleben bereits heute Artenbedrohungen durch die Klimaerwärmung, wie zum Beispiel die Eisbären, denen immer mehr der Lebensraum dadurch genommen wird, dass Seen und Gewässer immer später gefrieren und sie nicht auf Robbenjagd gehen können. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass dem Klimawandel nachhaltiger begegnet wird. Das sind wir schon unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen schuldig.